

Gemeinde Grünheide (Mark)

Ortsbeirat Grünheide (Mark)

Niederschrift über die Sitzung am 05.11.2013

Grünheide (Mark), den 05.11.2013

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 20:15 Uhr

Anwesenheit		
anwesend	entschuldigt	unentschuldigt
Frau Lieselotte Fitzke Herr Ulrich Kohlmann Herr Dr. Klaus Liedtke Herr Lothar Runge Frau Anke Kranhold Frau Pamela Eichmann	Herr Gerhard Kantner	Herr René Neuberger

Gäste: Herr Ketzer
Herr Küster
Frau Chojne

Tagesordnung

I. öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
01	Eröffnung der Sitzung	
02	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit	
03	Bestätigung der Niederschrift	
04	Feststellung der Tagesordnung	
05	Anfragen der Einwohner	
06	Vorbereitung der Gemeindevertretersitzung	
07	Beratung zur Nutzung des Tourismus- und Kulturzentrums in der Karl-Marx-Straße 13-14	
08	Grundstücksangelegenheiten - Entbehrlichkeit des Flurstücks 424 der Flur 3 in der Gemarkung Grünheide, Altbuchhorster Str. 32-33, 11.140 m²	0078/13
09	Sonstiges	

II. nichtöffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
01	Sonstiges	
02	Schließung der Sitzung	

- Beratungsvorlage 0075/13 - Beschlussfassung zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 40 „Sonnenweg II“ OT Grünheide, Verfahren gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB)
- Beratungsvorlage 0091/13 - Beschlussfassung zur Entbehrlichkeit und Grundstücksveräußerung der Flurstücke 120 und 123 der Flur 8 der Gemarkung Grünheide, Wald, Blatt 1918, 1718 m²
- Beratungsvorlage 0092/13 - Beschlussfassung zur Grundstücksveräußerung im OT Grünheide, F 1, FS 475, Blatt 1911, Körperstr. 8 a, 864 m²
- Beratungsvorlage 0093/13 - Beschlussfassung zur Grundstücksveräußerung im OT Grünheide (Mark), F 1, FS 193, Blatt 1956, Am Waldrand 14, 923 m²
- Beratungsvorlage 0094/13 - Beschlussfassung zur Grundstücksveräußerung im OT Grünheide, Flur 1, Flurstücke 396 und 397, Blatt 1957, Waldsiedlung 20, 886 m²

TOP 7

(Beratung zur Nutzung des Tourismus- und Kulturzentrums in der Karl-Marx-Straße 13-14)

Von den SPD- Mitgliedern im Ortsbeirat wurde ein Vorschlag zur weiteren Entwicklung des Grundstückes Karl- Marx- Straße 13/ 14 vorgetragen:

In Auswertung der Befragung zu dem Vorhaben kann festgestellt werden, dass

- die Beteiligung sehr gering war
- die Regeln der Beteiligung im Vorfeld nicht eindeutig geklärt waren
- kein eindeutiges Ergebnis für oder gegen die vorgeschlagenen Varianten abgeleitet werden kann
- das gewählte Verfahren kein formelles Verfahren war und die Gemeinde an Ergebnisse auch nicht gebunden wäre

Die SPD- Mitglieder sind davon überzeugt, dass die Realisierung der Tourismuszentums an diesem Standort ein wichtiger Schritt zur Umsetzung der Tourismuskonzeption der Gemeinde sowie zur Außenwirkung und Entwicklung der Gemeinde darstellt. Gleichzeitig sollte das Potential des Standortes genutzt werden, um die Bedürfnisse einer breiten Öffentlichkeit nach anspruchsvollen kulturellen Angeboten sowie nach einer attraktiven und barrierefreien Grün- und Erholungsfläche mit Seeblick und Uferzugang zu befriedigen.

Um bei einem so gewichtigen Vorhaben einen möglichst breiten Konsens herzustellen schlagen wir folgende weitere Verfahrensweise vor:

- Weiterentwicklung des Vorhabens als Tourismus- und Kulturzentrum mit einer für jedermann zugängigen und für alle Generationen attraktiven Außengestaltung
- Bildung von zwei Arbeitsgruppen des Ortsbeirates unter Einbeziehung von Vertretern der verschiedenen Adressaten/ Interessenten:
 1. AG zur Ausgestaltung der Außenanlage unter Einbeziehung z.B. des Seniorenbeirates, der Seniorenheime, der Jugendkoordinatoren, der Kitas, des Wassersportvereins...
 2. AG zur Ausgestaltung des Obergeschosses des Gebäudes als Ort für anspruchsvolle kulturelle Veranstaltungen wie Konzerte, Lesungen, Ausstellungen, evtl. für repräsentative Veranstaltungen (Empfänge, Konferenzen) und ggf. für Trauungen (gegen Nutzungsentgelt) unter Einbeziehung von z.B. Heimatverein, Kunstverein, Musikschule...

Die Arbeitsgruppen entwickeln die Anforderungen und Aufgabenstellung für die weitere Planung. Die Verwaltung wird beauftragt, die Arbeitsgruppen zu koordinieren und die Ergebnisse für den Ortsbeirat aufzubereiten.

- Prüfung von Fördermöglichkeiten des Vorhabens im Rahmen von Programmen zur Tourismusförderung durch die Verwaltung

Herr Kohlmann verweist auf eine Stellungnahme vom *bürgerbündnis grünheide* zur Öffentlichkeitsbeteiligung Tourismuszentrum an den Bürgermeister Herrn Christiani (☞ **Anlage 3**), worauf bisher keine Antwort erfolgt ist. Verwiesen wird auf den Beschluss der Gemeindevertretung 22/01/09 zur Errichtung eines Bürgerhauses, der umgesetzt werden müsste. Integriert werden sollte hier ein Saal für circa 200

Personen. Frau Fitzke verweist darauf, dass in Grünheide genügend öffentliche Räume zur Verfügung stehen. Warum sollte noch ein öffentliches Gebäude errichtet werden, was nicht unbedingt notwendig ist. Herr Ketzer weist auf ein barrierefreies Grünheide hin, mit dem Vorschlag zum Tourismus- und Kulturzentrum wird ein Teil Barrierefreiheit geschaffen. Herr Runge bemerkt, dass ja im Robert-Havemann-Klubhaus alles vorhanden ist und das Kulturzentrum nur eine Ergänzung sein könnte.

TOP 8

(Grundstücksangelegenheiten)

- Beratungsvorlage 0078/13 - Entbehrlichkeit des Flurstücks 424 der Flur 3 in der Gemarkung Grünheide, Altbuchhorster Str. 32-33, 11.140 m²

Hier gibt es Fragen zum Grundstück, die im Hauptausschuss geklärt werden sollten

- Beratungsvorlage 0075/13 - Beschlussfassung zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 40 „Sonnenweg II“ OT Grünheide, Verfahren gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB)

Empfehlung; die privaten Eigentümer an den Planungskosten beteiligen; Es sollte eine Festlegung zur Bebauung erfolgen

- Beratungsvorlage 0091/13 - Beschlussfassung zur Entbehrlichkeit und Grundstücksveräußerung der Flurstücke 120 und 123 der Flur 8 der Gemarkung Grünheide, Wald, Blatt 1918, 1718 m²

Nähere Erläuterung, warum die Gemeinde Wald verkaufen muss

- Beratungsvorlage 0092/13 - Beschlussfassung zur Grundstücksveräußerung im OT Grünheide, F 1, FS 475, Blatt 1911, Körperstr. 8 a, 864 m²

Zustimmung, Klärung ob Bebaubarkeit gegeben ist

- Beratungsvorlage 0093/13 - Beschlussfassung zur Grundstücksveräußerung im OT Grünheide (Mark), F 1, FS 193, Blatt 1956, Am Waldrand 14, 923 m²

Zustimmung

- Beratungsvorlage 0094/13 - Beschlussfassung zur Grundstücksveräußerung im OT Grünheide, Flur 1, Flurstücke 396 und 397, Blatt 1957, Waldsiedlung 20, 886 m²

Zustimmung (Frau Fitzke hat an der Abstimmung nicht teilgenommen → § 22 BbgKVerf)

TOP 9

(Sonstiges)

- Herr Dr. Liedtke weist auf die beginnende Verwahrlosung des Grundstückes vom Pfefferwerk in Klein Wall hin. Die Verwaltung sollte den Eigentümer hierüber in Kenntnis setzen.

- Frage zur Gaststätte „Korfu“ – Gibt es Bewerber für die Gaststätte? Der Ortsbeirat bittet in Kenntnis gesetzt zu werden.

-Ende des öffentlichen Teils-



Lieselotte Fitzke
Ortsvorsteherin

Lothar Runge

Grünheide(Mark), 27. 10. 2013

Ortsbeirat Grünheide

per e-mail

Einwendung gegen die Niederschrift über die Sitzung des Ortsbeirates am 26.08.2013-öffentlicher Teil

Gegen die o.a. Niederschrift vom 26.08.2013, versendet am 24.09.2013 – öffentlicher Teil TOP erhebe ich Einspruch

In der Niederschrift fehlen die Beiträge der anwesenden Bürger und meines eigenen Beitrages u.a..

Halte folgende Ergänzung für wichtig.

1. Frau Merkel als Einwohnerin kritisierte bzw. schlug vor
 - die Anlage eines Steges für große Boote, die den freien Blick zum See beeinträchtigen würden sollte nicht erfolgen
 - die Anlage eines Aufzuges, der auch mit hohen Erhaltungsaufwand verbunden ist sollte nicht realisiert werden und verwies als mögliche Lösung auf die sich in das Gelände einpassende Zugangsanlage zum Werlsee in der Median Klinik hin
 - eine Grünanlage mit barrierefreiem Zugang sollte entstehen
2. Herr Domrath bot eine kooperative Zusammenarbeit des Wassersportvereins an, die u. a. auch die Betreuung von Wasserwanderern betreffen kann. Er begründete nochmals, dass der im B-Plan Verfahren vorgeschlagene Variante 2 nicht realisierbar ist, da die für den Betrieb des Bootshauses notwendige Slip Anlage nicht mehr betrieben werden könnte
3. Herr Runge schlug vor, wenn es so problematisch mit den Stegen ist, auf deren Errichtung zu verzichten und wie schon im Ausschuss für Ordnung, Sicherheit... vorgeschlagen, die Steganlage an der Festwiese mit Pfählen so zu ergänzen, damit die Boote nur rechtwinklig zum Steg festgemacht werden können. Die Kapazitätserweiterung dadurch würde den Neubau der Steganlage erübrigen. In der K.M.Straße sollte man sich dann nur auf Anlagemöglichkeiten für muskelbetriebene Boote beschränken.
4. Herr Runge verwies darauf, dass der Ortsbeirat sich schon einmal dafür ausgesprochen hatte, dass der Parkplatz rechts neben dem Grundstück K-M Str.12 angeordnet werden soll. Aufwendige Geländearbeiten einschl. Stützmauer werden vermieden. Auf die grundsätzliche Stellungnahme der Fraktion bürgerbündnis grünheide wurde verwiesen.
5. Es gab Übereinstimmung, dass auf die Bürgerversammlung nicht verzichtet werden soll.
6. Der Text der Vorlage wurde nicht bestätigt.

Mit freundlichen Grüßen

Lothar Runge

Ulrich Kohlmann
Ortsbeirat Grünheide

Grünheide (Mark), 09.10.2013

Per e-mail

Einwendung gegen die Niederschrift über die Sitzung des Ortsbeirats am 26.08.2013 – Öffentlicher Teil TOP 6

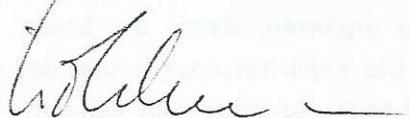
Gegen die o.a. Niederschrift vom 26.08.2013, versendet am 24.09.2013 – Öffentlicher Teil TOP 6 erhebe ich Einspruch.

. Mein Redebeitrag ist unvollständig und irreführend wiedergeben. Ich beantrage die Berichtigung durch Ergänzung der o.a. Niederschrift wie folgt:

„Hr. Kohlmann wies darauf hin, dass die Fraktion **bürgerbündnis grünheide** am 31.07.2013 an den Hauptverwaltungsbeamten eine Stellungnahme im Verfahren abgab. Es wurde beantragt sie in das Verfahren einzubeziehen. Das ist nicht erfolgt. Hr. Kohlmann bittet darum deshalb die Stellungnahme dieser Niederschrift beizufügen.

Er verwies darauf, dass gemäß §1 BbgKVerf die Verwaltung der Gemeinde nach den Grundsätzen des demokratischen Rechtsstaats erfolgt. Während der Fragebogen sich sowohl an Einwohner der Gemeinde Grünheide (Mark) als auch an andere (es war beim Ankreuzen von nein, Name und Anschrift aufzuschreiben) wendet, werden in der Auswertung im Nachhinein nur Einwohner der Gemeinde Grünheide (Mark) gewertet. Die Teilnahmebedingungen können nicht im Nachhinein geändert werden. Es müssen demnach alle fristgemäß eingegangenen Stellungnahmen berücksichtigt werden.

Die Auswertung zu den Nutzungen ist falsch. Das Trauzimmer hat rechnerisch (42 wichtig, 45 nicht wichtig) keine Mehrheit erhalten. Demnach stimmt der Entwurf wegen fehlendem Obergeschoss nicht mehr. Die Planung ist unbrauchbar. Die Vorlage ist somit falsch.“



Stellungnahme der Fraktion im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung Tourismuszentrums

In der MOZ vom 02. Juli 2013 und auf der Website der Gemeinde werden Varianten für das Tourismuszentrum in der Karl-Marx- Straße in Grünheide vorgestellt und die Bürger um ihre Meinung gebeten. Es ist doch eine einseitige Darstellung der Gemeindeverwaltung mit Lenkung auf den Vorschlag der Verwaltung.

Bereits seit 1978 geht es immer wieder um diese Fläche, nachdem das ehemalige Cafe Bensing, ab 1954 Kinderkrippe, abgerissen wurde. Die Bemühungen, diese Fläche frei zu halten, waren erfolgreich.

Die Gestaltung und Nutzung für den Tourismus fand zuletzt im Tourismuskonzept der Gemeinde von 2009 ihren Niederschlag. Es sollte dort ein Tourismusbüro mit öffentlicher Toilette, eine Bootsanlegestelle für Wasserwanderer, Parkplätze und ein barrierefreier Zugang zum Wasser entstehen. Das danebenliegende gemeindeeigene Bootshaus sollte dabei ggf. einbezogen werden.

Nun wird uns eine Lösung von der Gemeindeverwaltung favorisiert, die weit darüber hinausgeht. Es war von einer Investition von 350 T€ ausgegangen worden, die zweckgebunden aus dem Verkauf der ehemaligen Jugendherberge bereitgestellt werden sollte.

Nun sollen gemäß Vorschlag der Verwaltung über 1 Mio € sogar ohne beschlossene erweiterte Aufgabenstellung und Rentabilitäts-/Nutzungskostenberechnung hierfür aufgewandt werden. Man meint ein Highlight für den Ausflugsverkehr damit zu schaffen. Unser Besonderes, was die Ausflügler und Urlauber locken soll, ist aber die Natur. Die müssen wir sichtbar machen, so wie es nach dem Abriss des Wohnhauses auch wahrgenommen werden kann. Viele bleiben auf der Karl-Marx Straße stehen und genießen den Blick über den Peetzsee. Hier ist zu sehen, was Grünheide zu bieten hat. Das sind nicht unbedingt Gebäude. Es ist auch die Notwendigkeit zu hinterfragen.

2010 wurde auf der Grundlage des von der Gemeindevertretung bestätigten Tourismuskonzeptes die Stelle des Tourismusmanagement mit dem Tourismusbüro am Marktplatz geschaffen. Es hat sich dort schon 3 Jahre bewährt. Ist es doch ein zentraler Anlaufpunkt für Touristen auf dem Landweg. Der Neubau würde auch keine größere Nutzfläche erbringen. Die Räume sind inzwischen vorhanden und gehören auch der Gemeinde. Die Trauungen im Rathaus sind sehr ansprechend und bieten auch mit dem Vorplatz am Rathaus sowie den Parkmöglichkeiten des angrenzenden Marktzentrums gute Bedingungen.

Somit wäre ein Neubau schon aus Kostengründen überflüssig. Die öffentlichen Toiletten sollten in Verbindung mit dem Bootshaus geschaffen werden.

Für den Bootsverkehr sollte neben den Bootssteg/-stegen des Bootshauses eine gesonderte Sammelsteganlage entstehen, wie es auch die Behörden empfohlen haben. Das Anlegen direkt am Ufer, wie es das Bauamt meint, kann nur mit Kanu und ähnlichen Booten erfolgen. Dafür besteht auch ein echter Bedarf. Diese Möglichkeiten müssen rechtzeitig mit dem geforderten Leitsystem am Wasser am Ortseingang angezeigt werden; z.B. Freifläche an der Löcknitz in Fangschleuse. Ein Gebäude mit Blick vom Wasser wird diese Notwendigkeit nicht ersetzen.

Ausgehend vom derzeitigen Stand könnte auf ein gesondertes Gebäude verzichtet werden und der freie Blick erhalten bleiben. Parkplatz, barrierefreier Zugang (ohne Aufzug) über eine Grünanlage zum Wasser, Bootsanlegemöglichkeiten und öffentliche Toilette sollten realisiert werden.

Die freiwerdenden Mittel sollten als Anfang für das an der Festwiese noch zu errichtende Bürgerhauses gemäß bestehendem Gemeindevertreterbeschluss Nr. 22/01/09 vom 26.02./05.03.2009 verwendet werden. Hier sind bisher nicht untersuchte Synergieeffekte mit touristischen Nutzungen und angrenzenden gemeindeeigenen Flächen und Nutzungen denkbar. Ebenso für zugesagte Modernisierungen von Wohnungen der Gemeinde, der Ausbau und Erneuerung von Straßen und die Schaffung von Parkersatzflächen für Fahrzeuge aus erteilten Baugenehmigungen und B-Plänen.

Es ist unklar, wie bei unbestätigtem B-Plan ein Planungsauftrag mit Varianten erteilt werden konnte. Es fehlte ebenso an der Beratung in den zuständigen Gremien.

Wir haben schwere Bedenken gegen den Fragebogen, in dem bereits eine Vorzugsvariante suggestiv zur Abstimmung gestellt wird. Die Bürgerbefragung ist nicht ergebnisoffen und irreführend.

Die Meinung der Verwaltung gehört nicht in den Fragebogen. Sie kann der Öffentlichkeit in Form einer Bekanntmachung zur Verfügung gestellt werden.

Die Fragestellungen entsprechen nicht den vollständigen Zielsetzungen des B-Planentwurfs, Seite 2. Die Fragen sind einseitig auf die Nutzungsvorstellungen der Verwaltung ausgerichtet.

Stulen